

## Der Bürgerhaushalt – Was steckt dahinter?

Der **Bürgerhaushalt**, auch **partizipativer Haushalt** oder **Beteiligungshaushalt** genannt, ist eine neue direkte Art von (kommunaler) Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Betroffenen zumindest über einen Teil vom Investitionshaushalt mitbestimmen und entscheiden.

**Definition.** Ein Bürgerhaushalt kann wie folgt definiert werden

„Im Bürgerhaushalt nehmen Bürger ohne politisches Mandat an der Erstellung und/oder Umsetzung öffentlicher Finanzen teil. Fünf weitere Kriterien müssen in Europa zu dieser Definition hinzugefügt werden, um den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren zu unterscheiden:

1. Im Zentrum des Verfahrens stehen finanzielle Aspekte, genauer gesagt die Diskussion um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder in einem Bezirk mit eigenen politisch-administrativen Kompetenzen statt (die Quartiersebene allein reicht nicht).
3. Es handelt sich um einen auf Dauer angelegten Prozess (eine Veranstaltung, oder ein Referendum über Finanzfragen sind noch kein Bürgerhaushalt).
4. Die Beratung/Entscheidung der Bürger beruht auf einem Diskussionsprozess (Deliberation) im Rahmen besonderer Treffen/Foren (die Öffnung bestehender Verfahren der repräsentativen Demokratie gegenüber „normalen“ Bürger ist kein Bürgerhaushalt)
5. Die Organisatoren müssen über die Ergebnisse der Diskussion Rechenschaft ablegen.“

Legt man diese Kriterien zugrunde, kann im Jahr 2005 von über 55 Bürgerhaushalten in Europa und zehn in Deutschland gesprochen werden.

**Das Beispiel von Porto Alegre:** In Porto Alegre (Brasilien) wurde der Beteiligungshaushalt (*Orçamento participativo*) seit 1989 erstmals mit breiter Bürgerbeteiligung durchgeführt. Inzwischen wurde die Idee von dort in viele Teile der Welt „exportiert“.

Mit dem Beteiligungshaushalt sollten mehrere Ziele erreicht werden:

- direkte Demokratie ermöglichen mit Delegierten, die denen, die sie entsenden, verantwortlich sind,
- stärkere Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen,
- Entmachtung potenziell korrupter Politiker,
- Mittelverschwendung reduzieren,
- Politik für ärmere, weniger gut vertretene Bürger durchsetzbar machen,
- Entscheidungen auf die Ebene der Betroffenen verlagern

Ausgangspunkt war die Entscheidung, die Bürger dort zu beteiligen, wo sie leben, im Stadtteil. Die Bürger sollten die Akteure im Verfahren bleiben, daher wurde dem Verfahren eine Autonomie gegenüber Politik und Verwaltung gesichert. Das Verfahren wird seit 1989 kontinuierlich von den Bürgern mit Unterstützung der Verwaltung weiterentwickelt.

Der Zyklus des Verfahrens<sup>1</sup> beginnt im März eines Jahres, dauert zehn Monate und wird jedes Jahr wiederholt. Die erste Ebene des Verfahrens sind 21 **Basisversammlungen:**

---

<sup>1</sup> OP-Verfahren = Orçamento Participativo

- In den 16 Bezirken der Stadt Porto Alegre werden **Bürgerversammlungen** einberufen, zu denen durchschnittlich mehrere Hundert Bürger erscheinen. Seit 1993 sind die Teilnehmerzahlen an den offiziellen Treffen immer zwischen 10 und 20 Tausend. Die Sitzungen beginnen zunächst mit einem Rechenschaftsbericht der gewählten OP-Räte und des Bürgermeisters oder seines Vertreters. Auf diesen Versammlungen stellt die Stadtverwaltung ihre bisherige Arbeit vor, ein Vertreter der Kämmerei informiert über die finanziellen Möglichkeiten der Kommune, stellt das Programm der Stadtverwaltung vor und legt die Spielregeln der Stadtverwaltung offen. Diese Spielregeln betreffen z. B. Baustandards oder Verantwortlichkeiten und sind mit den OP-Gremien abgestimmt.
- Seit 1994 werden zudem fünf **thematische Foren** angeboten, in denen auf gesamtstädtischer Ebene die Themen *Transport und Verkehr, Gesundheit und Soziales, Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Steuerpolitik, Erziehung, Kultur und Freizeit*, sowie *Kommunalorganisation und Stadtentwicklung* diskutiert werden. In den thematischen Foren arbeiten zahlreiche Fachleute mit, hier sind also insbesondere die gut ausgebildeten Mittelschichten vertreten.

Die Bezirks- und thematischen Versammlungen entsenden Delegierte in ihre **Delegiertenversammlungen**, die die zweite Ebene des Verfahrens bilden. Diese Delegierten sind meist Vertreter von Bürgerorganisationen wie Bewohnervereinen, Frauenorganisationen, Umweltschutzgruppen, Klein- und Mittelbetrieben, Landwirten, Straßenhändlern, Lehrern, Sportvereinen, Behindertenverbänden, Gewerkschaften, aber auch einige Einzelpersonen.

Die Delegierten beraten im März bis Mai die Anträge aus der Bevölkerung und harmonisieren diese mit der Haushaltsplanung der Stadtverwaltung. Sie entscheiden über die Priorisierung der Vorhaben. Die öffentlichen Delegiertenversammlungen tagen dann ohne die Stadtverwaltung über zwei Monate wöchentlich, meist abends. Offizielle Treffen mit der Stadtverwaltung finden dann wieder im Juni/Juli statt.

Die dritte Ebene des Verfahrens stellt der **OP-Rat** dar, der von der Delegiertenversammlung gewählt wird. Er koordiniert die Arbeit der Delegierten in den Stadtteilen und den thematischen Foren auf städtischer Ebene und arbeitet dabei eng mit der Kämmerei und dem Stadtplanungsamt zusammen (Juli/August). Den hohen organisatorischen Koordinations- und Kommunikationsaufwand unterstützen 20–30 in Moderation ausgebildete Mitarbeiter des Bürgeramts, sie müssen z.B. Räume organisieren, Experten beschaffen.

Im September wird der so aufgestellte Haushalt vom OP-Beirat dem Oberbürgermeister übergeben. Seine Behörde koordiniert dann die Abstimmung der strittigen Fragen. Im Oktober wird dem Stadtrat der Haushaltsentwurf überstellt, der im November darüber beschließt. Wegen der hohen Öffentlichkeit wurden vom Stadtrat lediglich geringe Änderungen am so zustande gekommenen Investitionsshaushaltsentwurf vorgenommen.

Im weiteren Verlauf werden die Maßnahmen wie Wasser- oder Abwasserversorgung, Asphaltierung von Straßen, Beleuchtung durchgeführt.

Schließlich kontrollieren die Bürgerinnen und Bürger in den Folgejahren, ob die beschlossenen Maßnahmen auch umgesetzt worden sind, auch indem sie z.B. Baumaßnahmen in ihren Wohnvierteln selbst abnehmen.

## **Die Umsetzung dieser Idee in Deutschland**

In Deutschland haben im Rahmen des Netzwerks *Kommunen der Zukunft* 1998 die Gemeinde Monheim und die Stadt Blumberg ein bürgerorientiertes Haushaltsaufstellungsverfahren vor Ratsbeschluss ausprobiert, mit positiven Ergebnissen. Von November 2000 bis Mai 2004 führten die **Bertelsmann-Stiftung und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen** ein gemeinsames Projekt hierzu durch. Erlangen, Hamm, Castrop-Rauxel, Vlotho, Emsdetten, Hilden, Monheim arbeiten inzwischen mit Elementen des Verfahrens, wie es in Porto Alegre erprobt wurde. Im Berliner Bezirk Lichtenberg (260 Tsd. EW.) startete im Jahr 2005 der erste Bürgerhaushalt in einer deutschen Großstadt. Auch die Großstädte Hamburg und Freiburg im Breisgau führten Bürgerhaushalte durch. In Potsdam wird der Bürgerhaushalt 2006 mit Bürgern beraten und teilweise formuliert.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die gesamte Information ist unter folgende Internetadresse zu finden: Bürgerhaushalt  
<<http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerhaushalt>> Stand: 12.10.2008

## Hamburg<sup>3</sup>

„Eine Bürgerbeteiligung zum Haushalt schafft Transparenz und Akzeptanz“ – mit diesem Motto wurde direkte Beteiligung der Bürger an der Finanzplanung Hamburgs in Form eines Internetforums<sup>4</sup> ins Leben gerufen.

**1) Warum führte Hamburg einen Bürgerhaushalt durch?** Der Aufbruch ist ein Markenzeichen der Hansestadt Hamburg geworden. Das Leitbild *Wachsende Stadt* schafft eine neue Dynamik. *Stark und sozial*, so lautet das Ziel des Senats. Die Voraussetzung dafür ist eine wirtschaftlich gefestigte Metropole, die einen verantwortungsbewussten und soliden Haushalt auflegt. Aber wie in anderen deutschen Städten und Kommunen, ist auch der finanzielle Spielraum Hamburgs eng begrenzt. Die notwendige Konsolidierung bei gleichzeitiger Finanzierung der politischen Schwerpunkte sowie die Förderung von Wachstum stellen an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg besondere Herausforderungen.

**2) Mit welchen Maßnahmen kann der ausgeglichene Betriebshaushalt gesichert werden? Wie kann die Nettoneuverschuldung gesenkt werden?** Dies sind zentrale Fragen, mit denen sich vor allem das Parlament in seinen Beratungen über die Haushaltsplanentwürfe beschäftigt. Der Bürger bekam bislang die Ergebnisse präsentiert, war aber an den Entscheidungen über Ausgaben und Einsparungen nicht aktiv beteiligt. Seine Beteiligung aber, so die Idee der CDU-Abgeordneten in einem entsprechenden Antrag, würde das komplexe Thema Haushalt transparenter machen. Der zweite Ansatz: Eine Internetdiskussion über die Hamburger Haushaltsplanung klärt über Zusammenhänge auf, ermöglicht dem Bürger einen spielerischen Rollenwechsel zum Haushalter und schafft in letzter Konsequenz eine breitere Zustimmung für haushaltsplanerische Entscheidungen der Politiker. Somit wird ein wichtiger Part gelebter Demokratie realisiert.

**3) Zur welchen Ergebnissen hat die Einführung der Initiative geführt?** Die Erfahrungen mit dem Bürgerdialog sind überaus positiv. Entgegen der Einschätzung „*Haushalt sei nicht sexy*“ und es würde daher zu keiner großen Beteiligung kommen, war der Bürgerdialog Haushalt am Ende mit Abstand der bisher erfolgreichste Internetdialog der Stadt (Zuvor führte Hamburg zwei Online-Dialoge zum Thema Bauen in der Stadt und zum Thema Familie durch). Die öffentliche Resonanz war sehr gut.

**4) Wie können die Ergebnisse und der Input durch die Bürger bewertet werden?** Die Bürger haben sich der Haushaltsplanung sehr besonnen angenommen. Finanzmittel wurden umgeschichtet aber insgesamt deutlich weniger Geld ausgegeben als der Mittelansatz ermöglichte. Wir sehen darin den Konsolidierungskurs des Senats deutlich bestätigt.

**5) In welcher Form wurden die Ergebnisse verwertet?** Die regierende CDU-Fraktion hat mit einer Tagung die Bürgervorschläge aufgegriffen und dann in Anträgen in die Beratung des Haushaltes 07/08 eingebracht. Die anderen Fraktionen haben die Ergebnisse des Bürgerdialoges nicht genutzt.

**6) Wie erfolgte die Rechenschaft der Politik an die Bürger über die Ergebnisverwertung?** Zum Abschluss des Bürgerdialoges hat die CDU-Fraktion eine öffentliche Veranstaltung zur Diskussion der Ergebnisse durchgeführt. Die Ergebnisse des Bürgerdialoges wurden vom Präsidenten der Bürgerschaft dem Parlament zugeleitet. Der Haushaltsausschuss hat hierzu eine öffentliche Sitzung abgehalten und im Anschluss wurde der Bürgerdialog und seine Ergebnisse im Parlament diskutiert.

Die CDU-Fraktion hat als Auswertung eine Broschüre zum Bürgerdialog veröffentlicht. Im Zuge von Pressearbeit wurden die bereits für den Haushalt 07/08 übernommenen Vorschläge der Öffentlichkeit mitgeteilt.

---

<sup>3</sup> Aus dem Interview mit Rüdiger Kruse, MdHB, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Hamburg über die Bürgerbeteiligung zur Hamburger Haushaltsplanung im April/Mai 2006 Eine Bürgerbeteiligung zum *Haushalt schafft Transparenz und Akzeptanz* <<http://www.buergerhaushalt.org/beispiele/eine-buergerbeteiligung-zum-haushalt-schafft-transparenz-und-akzeptanz/>> Stand: 20.10.2008.

<sup>4</sup> Die Auswertung des Online-Diskurses zum Hamburger Haushalt sowie zusätzliche Informationen zur Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung können unter folgende Internet Adresse abgerufen werden: *Bürgerschaft debattiert Ergebnisse der Bürgerbeteiligung* <[http://www.hamburg-haushalt.de/demos.php?view=detail&id\\_item=2346](http://www.hamburg-haushalt.de/demos.php?view=detail&id_item=2346)> Stand: 20.10.2008.  
Siehe auch *Anlagen 1 - 3*, S. 6 - 8.

7) Welche Perspektive sehen Sie für zukünftige Bürgerhaushalte in Hamburg? Für die Haushaltsberatungen 09/10 wird zu entscheiden sein, ob und wie ein weiterer Bürgerdialog laufen könnte. Ich persönlich halte es für sinnvoll dauerhaft eine Internetplattform zum Haushalt vorzuhalten, die Transparenz für den Bürger ermöglicht. Das Dialogverfahren hat sich bewährt und sollte fortgesetzt werden.

### Köln<sup>5</sup>

Unter dem Motto „*Deine Stadt - Dein Geld*“ konnten alle Kölner Bürger aktiv in die Finanzplanung der Stadt eingreifen und ihre Vorschläge für den Haushaltsplan 2008 sowohl über das Internet, telefonisch als auch schriftlich bei der Verwaltung einreichen.

Gebrauch von der Möglichkeit wurde wahrhaft reichlich gemacht. Während der Dauer der Beteiligungsphase vom 22. Oktober bis 19. November 2007 reichten die Kölner ganze 4.973 Vorschläge ein. Die überwiegende Zahl der Anregungen, ca. 63 Prozent, gab es zum Haushaltsbereich „Straßen, Wege und Plätze“. Zum Bereich „Grünflächen“ gab es 788 Vorschläge und zum Bereich „Sport“ wurde 570 Anregungen eingereicht. 85 Prozent aller Vorschläge reichten die Kölner über das eigens dafür eingerichtete Onlineportal ein.

Aus allen Anregungen werden nun die 100 wichtigsten Vorschläge, also diejenigen mit den meisten Zustimmungen der Bürger, ausgewählt. Eine anschließende Prüfung ergibt, ob diese sowohl rechtlich als auch tatsächlich umgesetzt werden können und welche Kosten durch die Umsetzung entstehen. Im Laufe der kommenden Wochen arbeiten die betroffenen Fachverwaltungen Vorschlagslisten aus, die im Januar der Politik für die anstehenden Haushaltsberatungen vorgelegt werden.

Trotz Ende der Beteiligungsphase kann das Onlineportal zum Bürgerhaushalt<sup>6</sup> auch zukünftig aufgerufen werden. So kann jeder Kölner auch weiterhin die abgegebenen Vorschläge seiner Mitbürger einsehen und den Stand der Haushaltsplanung verfolgen. „Die Aufstellung des Bürgerhaushaltes wird so öffentlich gemacht“.

### Freiburg<sup>7</sup>

Auf Wunsch des Gemeinderats hat die Verwaltung im ersten Halbjahr 2008 ein mehrstufiges bürgerschaftliches Beteiligungsverfahren durchgeführt, bei dem die Bürger bei Umfragen, Online-Foren und der Stadtkonferenz ihre finanzpolitischen Schwerpunkte setzen konnten. Mit Hilfe der Landesstiftung Baden-Württemberg, die das Verfahren größtenteils finanzierte, wurden auch erstmals die städtischen Ausgaben auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin überprüft. Die Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfang diese Vorschläge und die Bewertungen berücksichtigt werden, bleibt Sache des Gemeinderats.

Im Oktober 2008 startete das Freiburger Verfahren zum Doppelhaushalt 2009/2010 mit der repräsentativen Bürgerumfrage, bei der 5000 Haushalte zu städtischen Themen allgemein aber auch zu den speziellen Themen Finanzen und Haushalt befragt werden. Bislang gibt es rund 1000 Rückläufe, so dass eine gute Beteiligungsquote absehbar ist. Die umfassende Infophase des Beteiligungshaushaltes beginnt im März nächsten Jahres. Dabei wird es vier dezentrale Informations- und Diskussionsveranstaltungen geben. Zusätzlich wird ein Infobus unterschiedliche Orte und Veranstaltungen im Stadtgebiet anfahren, um für das Verfahren zu werben und Informationen vor Ort weiterzugeben. Neben der Stadtkonferenz im Juni, auf der die Teilnehmenden den Gesamthaushalt und seine Gewichtung aus verschiedenen Blickwinkeln diskutieren, sind außerdem

---

<sup>5</sup> Aus dem Gespräch mit dem Stadtkämmerer Peter Michael Soénius zum Thema: „Kölner Bürgerhaushalt“. Siehe: **Kölner Bürgerhaushalt ist ein riesiger Erfolg** <<http://www.buergerhaushalt.org/beispiele/eine-buergerbeteiligung-zum-haushalt-schaft-transparenz-und-akzeptanz/>> Stand: 28.10.2008.

<sup>6</sup> **Onlineportal zum Bürgerhaushalt** <<https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/>> Stand: 28.10.2008.

<sup>7</sup> Aus den Artikeln: 1) **Beteiligungshaushalt 2009/2010** <<https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/>> Stand: 28.10.2008, 2) **Freiburger Beteiligungshaushalt: guter Rücklauf der Umfrage absehbar 2010** <<http://www.buergerhaushalt.org/pressespiegel/freiburger-beteiligungshaushalt-guter-ruecklauf-der-umfrage-abschbar/>> Stand: 28.10.2008.

Beteiligungsmöglichkeiten im Internet mit Haushaltsrechner und Online-Diskussionsforen sowie Umfragen geplant.

Die Auswertung der Mannheimer Umfrage zeigt, dass Freiburg ähnlich wie die Verfahren in Berlin-Lichtenberg oder Erfurt versucht, ein breit gefächertes Beteiligungsangebot zu bieten und die Bürgerschaft durch einen Mix aus Diskussionsmöglichkeiten vor Ort, begleitenden Umfragen oder über das Internet einzubinden. Ziel des Freiburger Verfahrens ist es, ein breites Bevölkerungsspektrum für den Prozess zu aktivieren und dafür zu sorgen, dass auch beteiligungsferne Personen über Multiplikatoren daran teilnehmen können.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes, die dem Gemeinderat zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf vorgelegt wurde, sind unter folgenden Internetadressen abrufbar: 1) **Informations-Vorlage (Drucksache G-08/179)** <[http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1196865/DS\\_G08-179.pdf](http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1196865/DS_G08-179.pdf)> Stand: 28.10.2008, 2) **Anlagen zu der Vorlage** <[https://freiburg.more-rubin1.de/anlagen.php?anz=si&vid=1980707100193&sid=ni\\_2007-GR-11&status=1](https://freiburg.more-rubin1.de/anlagen.php?anz=si&vid=1980707100193&sid=ni_2007-GR-11&status=1)> Stand: 28.10.2008.

Weitere Informationen und Dokumente zum Beteiligungshaushalt stehen Ihnen auf der Plattform des Beteiligungshaushaltes unter [www.freiburg.de/beteiligung](http://www.freiburg.de/beteiligung) zur Verfügung.

## Anlage 1



18.04.2006 16:27

### **Hamburg sammelt im Internet Sparvorschläge von Bürgern**

Als erstes deutsches Bundesland ruft **Hamburg**[1] seine Bürger im Internet zu eigenen Vorschlägen für Einsparungen im öffentlichen Haushalt auf. Bei der Adresse **[www.hamburg-haushalt.de](http://www.hamburg-haushalt.de)**[2] können Interessierte seit Dienstag ihre Vorstellungen für den Einsatz des Rotstiftes hinterlassen, sagte die Vizepräsidentin der Bürgerschaft, Barbara Duden. Auch könne jeder äußern, wo Ausgaben steigen sollten. Eine solche Aktion eines Landesparlaments sei bislang bundesweit einzigartig. Die Vorschläge sollen teilweise in die Etatberatungen 2007/2008 einfließen.

Nicht nur Einfälle für Sparpotenziale sind gefragt. Um ein Gespür für die Sachzwänge des Parlaments zu bekommen, können die Besucher der Internetseite auch spielerisch einen eigenen Etat entwerfen: Bei den einzelnen Posten wie Sportstättenbau oder Kulturförderung darf jeder die Vorgaben im laufenden Haushalt 2005/2006 je um 50 Prozent kürzen oder noch mal um die Hälfte aufstocken. Einzige Voraussetzung des Planspiels: Der Etat muss am Ende ausgeglichen sein.

Corny Littmann, Präsident von St. Pauli und Chef des Schmidt-Theaters, stellte sich als prominenter Tester zur Verfügung. Er kürzte bei Straßenbau und Staatstheatern und schlug derweil freien Kulturprojekten mehr Geld zu: "Erst ist es spannend. Dann wird es knifflig, und in der dritten Phase ist man nur noch genervt, weil man einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen muss." Zum Schluss überkam er ein Mitleid für die Etatverantwortlichen, sagte Littmann.

Bis zum 12. Mai steht die Internetseite zur Verfügung. Im Juni sollen die Ergebnisse ausgewertet werden, damit sie schon in den Eckwerten des nächsten Etats berücksichtigt werden. Nach den Worten des Bürgerschaftsabgeordneten Rüdiger Kruse (CDU) vom Projektteam will die Bürgerschaft mit dem Aufruf keine Negativ-Entscheidungen abwälzen: "Die Verantwortung liegt weiterhin bei der Politik." (dpa) /

(jk[3]/c't)

---

#### **URL dieses Artikels:**

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/72096>

#### **Links in diesem Artikel:**

[1] <http://www.hamburg.de>

[2] <http://www.hamburg-haushalt.de>

[3] <mailto:jk@ct.heise.de>

**Aufs Volk hören!**

Das sind ja mal ganz neue Töne: Die Politik holt sich Rat beim Bürger. Die Hamburger sollen per Online-Dialog Vorschläge zur Haushaltsplanung machen. Klipp und klar sagen, wofür sie in Zukunft die notorisch knappe Staatsknete ausgeben würden – und wofür eben gerade nicht. So viel zur Schau gestellte Bürgernähe macht stutzig – vor allem, weil die Idee von der CDU kommt. Die hat sich in der Vergangenheit ja bekanntlich nicht immer um Volkes Willen geschert. Man denke nur an den vom Senat durchgepeitschten Verkauf der LBK-Kliniken, den die große Mehrheit der Hamburger partout nicht wollte. Jetzt hat die CDU eine neue Chance zu beweisen, dass sie den Bürgerwillen auch mal ernst nimmt. Andernfalls würden die Christdemokraten nur einen weiteren Beitrag zur wachsenden Politikverdrossenheit leisten. (Bericht Seite 19)



FRANK RESCHREITER

**Helfen Sie dem Finanzsenator!**

Bürger können im Internet den Haushalt planen

Sie sind daheim der „Finanzminister“, haben Einnahmen und Ausgaben der Familie fest im Griff? Gut. Jetzt gibt es eine neue Herausforderung: Sie dürfen den kompletten Hamburger Haushalt managen! Allerdings vorerst nur in einem Internet-Forum ([www.hamburg-haushalt.de](http://www.hamburg-haushalt.de)), das die Bürgerschaft vom 18. April bis 12. Mai freischalten wird.

Rund zehn Milliarden Euro jährlich umfasst der Haushalt – und die gilt es, auf die einzelnen Ressorts zu verteilen. „Uns geht es darum, die Prioritäten der Bürger abzufragen, erklärt CDU-Finanzexperte Rüdiger Kruse, auf dessen Initiative das auch von der Opposition unterstützte Online-Projekt zurückgeht.

Der zentrale Knackpunkt (s. Umfrage): Wofür soll die Stadt in Zeiten knapper Kassen und schwächelnder

Steuereinnahmen künftig Geld ausgeben – und wofür nicht? Mehr oder weniger Polizisten, kostenlose Kitas oder Ausbau des Hafens – mit Hilfe von Schiebereglern lassen sich die Millionen in dem elektronischen Haushaltsplaner ganz nach persönlichem Wunsch neu verteilen. Als Basis dienen die Zahlen des Haushaltsplans 2005.

Aber Vorsicht: Am Ende muss die Kasse stimmen, Schulden machen ist nicht drin. Wer mehr Geld in einen Bereich pumpen will, muss den Betrag woanders einsparen. CDU-Mann Kruse: „Nur Vorschläge, die unterm Strich einen ausgeglichenen Haushalt ergeben, werden gezählt.“

Dafür will die Politik diese rechnerisch sinnvollen Anregungen auch beherzigen. CDU-Finanzexperte Kruse: „Auch wenn die Vorschläge nicht bindend sind,

werden wir sie sehr ernst nehmen.“ Das Ergebnis der Online-Diskussion werde vom Haushaltsausschuss der Bürgerschaft in die Haushaltsberatungen für die Jahre 2007 und 2008 und die mittelfristige Finanzplanung einbezogen, verspricht Kruse. Er geht davon aus, dass sich mindestens 1000 Bürger aktiv mit Vorschlägen am Online-Forum beteiligen werden.

Von heute auf morgen werden die Ideen der Hamburger trotzdem nicht umgesetzt werden können. Schließlich lassen sich 90 Prozent der Kosten im Haushalt nach Angaben der Finanzbehörde kurzfristig nicht beeinflussen. Der Löwenanteil (39 Prozent) entfällt dabei auf Personalkosten. Und die sind auf Jahre fix. Kein Wunder also, dass es im Internet-Forum erst um den Haushalt für 2016 geht. F. RESCHREITER/S. ZWILLING

**DAFÜR WÜRDEN DIE BÜRGER GELD AUSGEBEN**

**Christiane Freisler (36), kaufmännische Angestellte aus Niendorf:**



„Ich würde mehr in Sportstätten investieren. Für Olympia, aber auch für die Jugendlichen, die es sich nicht leisten können, in einen Sportverein zu gehen. Damit könnten sie von der Straße wegkommen.“

**René Knaack (31), Angestellter aus Pinneberg:**



„Als Vater ist für mich ganz klar: Die Kinder müssen mehr gefördert werden. Und aus aktuellem Anlass muss man die Integration weiter voranbringen. Die Gleichberechtigung aller Hautfarben an den Schulen gehört dazu.“

**Lennart Peters (19), Zivildienstleistender aus Ottenstein:**



„Es wäre toll, wenn junge Musiker mehr unterstützt würden. Junge Menschen mit Spaß an Musik können sich ja die Proberäume kaum leisten. Mehr Musikschulen fördern das gesamte Interesse an Kultur.“

**Marion de la Houssaye (66), Rentnerin aus Othmarschen:**



„Ich würde sofort mehr für Kinder tun! Und es müssen auf jeden Fall mehr Kindergartenplätze geschaffen werden. Damit haben die Eltern wieder einen Anreiz, Kinder zu kriegen, und so wird ein Grundstock für die Zukunft gelegt.“

Diskutiert

## Bürgerdialog online: Demokratie wagen

**Ab 18. April 2006 können alle Hamburgerinnen und Hamburger unter [www.hamburg-haushalt.de](http://www.hamburg-haushalt.de) vier Wochen online über das Thema Haushaltsplanung diskutieren. Initiator ist die Hamburgische Bürgerschaft.**

Durchgeführt wird die Diskussion von der TuTech Innovation GmbH, einer Tochtergesellschaft der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Rolf Lührs leitet die Abteilung „Interaktive Kommunikation“ und war bereits bei den früheren Diskussionen zu den Themen „Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Hamburg“ in 2002 und „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ in 2005 federführend.



**Herr Lührs, die Internetdiskussion ist ein Instrument der Bürgerbeteiligung. Wollen die Hamburgerinnen und Hamburger wirklich über den Haushalt diskutieren?**

Die Haushaltsplanung betrifft die Hamburgerinnen und Hamburger jedenfalls unmittelbar. Die Verwendung der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel beeinflusst nicht nur die gegenwärtigen Lebensverhältnisse, sondern bestimmt auch die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten.

Bei einer Zinsquote von über 10 Prozent des Gesamtbudgets ist eine öffentliche Diskussion über die Frage, was der Staat leisten soll und finanzieren kann, wirklich wichtig. Ob die Bürgerinnen und Bürger das genauso sehen und dieses Beteiligungsangebot annehmen, wird sich ab dem 18.4. zeigen.

**Wie funktioniert die Internetdiskussion?**

Die Diskussion läuft über drei Phasen: In der ersten Phase kann das Thema in der ganzen Breite diskutiert werden. Es geht vor allem darum herauszufinden, welche Bereiche den Teilnehmerinnen und Teilnehmern besonders wichtig sind. Für diese Themen werden dann in der zweiten Phase eigene Unterforen angeboten. In diesen thematisch begrenzten Foren soll möglichst konkret und ergebnisorientiert diskutiert werden. Wie könnten die verfügbaren finanziellen Mittel effektiver eingesetzt werden? Welche Einsparungsmöglichkeiten bestehen? Gibt es staatliche Leistungen, die verzichtbar sind? Oder sollten die Mit-



tel nur anders aufgeteilt werden? Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können in dieser Phase auch gemeinsam an Verbesserungsvorschlägen arbeiten. In der dritten Phase geht es schließlich darum, die bis dahin entwickelten Vorschläge weiter zu verbessern und zu bewerten.

Parallel zur Diskussion können alle Teilnehmenden ihren eigenen Finanzhaushalt mit dem Haushaltsplaner aufstellen. Alle Haushaltsposten werden

dazu in so genannte Produktbereiche unterteilt und erläutert. Mit einem Schieberegler lassen sich die einzelnen Budgets reduzieren oder erhöhen. Einzige Bedingung ist, dass das Gesamtbudget nicht weiter steigen darf. Auf diese Weise kann



man sich spielerisch mit dem Haushalt vertraut machen und gleichzeitig die eigenen Vorstellungen mit konkreten Zahlen hinterlegen. Alle Einzelhaushalte werden ausgewertet und die daraus resultierenden Veränderungen unmittelbar angezeigt.

**Wie gewährleistet die Bürgerschaft, dass die Diskussion mehr ist als ein folgenloses Chatforum?**

Die Bürgerschaft hat einstimmig beschlossen, die Hamburgerinnen und Hamburger an der Haushaltsplanung zu beteiligen.

Fortsetzung S.2

**Kurz gesagt**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

da wandert einer seit November durch das Land und besucht alle zwölf WM-Stadien. Seine Botschaft: Ich glaub dran\*. Unter anderem daran, dass Deutschland Fußball-Weltmeister wird. Passt zum aktuell diskutierten „neuen Optimismus“. Auch Sie, liebe Kunden, bringen Ihre neuen Projekte zu uns und wünschen unsere Beteiligung an neuen Kommunikations-Instrumenten. Eines ist die Online-Diskussion, die wir Ihnen diesmal vorstellen. Vielleicht begegnen wir uns ab 18.4. im Netz?

Ihr Christopher Cohen

\*[www.ich-glaub-dran.de](http://www.ich-glaub-dran.de)

Die politische Einbettung des Verfahrens wurde sehr gut vorbereitet. Der Haushaltsausschuss hat sich detailliert über das Diskussionsverfahren informieren lassen und wird sich in einer Sondersitzung mit den Diskussionsergebnissen befassen. Aber auch die verschiedenen Fraktionen beobachten das Diskussionsverfahren sehr genau und planen zum Teil eigene Veranstaltungen, um über die Ergebnisse und die politischen Konsequenzen zu beraten. Schließlich geben auch die bisherigen Erfahrungen mit Online-Diskursen Anlass zu Optimismus: Sowohl die Diskussion zum Leitbild Wachsende Stadt als auch die zum familienfreundlichen Wohnort haben zu greifbaren Ergebnissen geführt, die von Politik und Verwaltung sehr ernst genommen worden sind.